

Wo steht heute die Sowjetzone?

Unter diesem Titel schreibt die Hamburger Volkszeitung vom 22. Juni 1946:

„Jedem unvoreingenommenen Beobachter und Besucher fällt heute der stärkere Lebens- und Wirtschaftsrhythmus in der Ostzone auf. Durch Handelsabmachungen mit Österreich, Belgien und der Tschechoslowakei sind neue Produktionsmöglichkeiten für die Industrien geschaffen worden, aus dem benachbarten Polen kommen 1 Million Tonnen Steinkohlen und aus Rußland selbst, außer anderen Rohstoffen, die wichtige Baumwolle.

Marschall Sokolowski, der Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungsgruppen, erklärte vor einigen Tagen dem Präsidenten der deutschen Provinzialverwaltungen: Rußland kann zwar nicht auf seinen Reparationsanspruch verzichten, aber es sieht ein, daß Deutschland nicht den Schaden von 700 Milliarden Rubel, den es in Rußland verursacht hat, wiedergutmachen kann. Deutschland würde nur einen moralischen Ausgleich für die von ihm angerichteten riesigen Schäden zu begleichen haben, und deshalb wird auch schon heute ein Teil der sowjetischen Besatzungskosten von Rußland selbst bezahlt werden.

Ungelöst steht vor den Werftarbeitern und der gesamten Bevölkerung der Wasserkante die Gefahr weiterer Sprengung von Fabrikanlagen, Drehbänken, Motoren, Fahrzeugen und Schiffsbauwerken. In der Sowjetzone findet überhaupt keine Vernichtung der für den Frieden geeigneten Produktionsmittel und Produktionsgüter statt. Auch die viel gelästerte Demontage ist im wesentlichen mit dem 1. Mai dieses Jahres beendet worden. Darüber hinaus sind viele Werke, die zur Demontage vorgesehen waren, in die Hände der deutschen Behörden und demokratischen Selbstverwaltungsorgane zurückgegeben worden. Die Gewerkschaften

und Betriebsräte sind durch ihren Einfluß die Garant eines fortschrittlichen Aufbaus.

Ebenso groß sind die Erfolge in der Landwirtschaft und im Kampf um das tägliche Brot. Mehrere hunderttausend Neusiedler haben von den (im Laufe der Jahrhunderte dem Volk geraubten) Gütern der reaktionären Junker eine neue Heimat, ein eigenes Stück Erde bekommen. Wen wundert es, daß diese demokratische Bodenreform es ermöglichte, die ungekürzten Rationen der städtischen Bevölkerung zu sichern und den Anschluß an die neue Ernte zu finden? In gerechter Staffelnung werden die körperlich und geistig Schaffenden und arbeitsüberlasteten Frauen gegenüber Nichtstuern und Saboteuren bei der Lebensmittelverteilung bevorzugt. Die schwarzen Warenschieber aber werden von den deutschen Behörden auf frischer Tat veranlaßt, als Wagenschieber in den Trümmern produktive Arbeit zu leisten.

Gewiß ist auch in den westlichen Zonen das erste Friedensjahr gegenüber den grauenhaften Zerstörungen des totalen Krieges nicht spurlos vorübergegangen, aber was sind — bescheiden und ehrlich gesprochen — unsere kümmerlichen Presseorgane gegen den Reichtum der Literatur und der Tagespresse in der sowjetischen Zone, dem kulturellen Aufschwung auf allen Gebieten eines erneuerten Volkslebens? 4000 Neulehrer aus den Kreisen der Arbeiterschaft und des fortschrittlichen Mittelstandes bringen einen neuen Geist in die Schulen. Eine antifaschistische Volkspolizei läßt durch ihren Kommandeur erklären: „Dort, wo die Arbeiterschaft steht, dort ist auch der Platz der neuen Polizei! Niemals wird wieder die Polizei auf der anderen Seite gegen die Arbeiter stehen.“ Langsamer, aber ebenso sicher setzt sich der Volkswille im Justizwesen durch.

In der Westzone sitzt die Reaktion noch in vielen Positionen. Im Norden, Westen und Süden treiben Separatisten Ihr Unwesen. In der Sowjetzone aber wacht die Kraft eines neuen Deutschlands über die verkommenen Feinde der deutschen Nation. Unter dem Freiheitsbanner der geeinten Arbeiterschaft und des demokratisch-antifaschistischen Blocks der vier großen Parteien entfalten sich die wahren, schöpferischen Quellen unseres Volkes.“

Brief aus Hamburg

Lehren einer Betriebsrätewahl

Hamburg, im Juli 1946

Nach wie vor bilden die Hamburger Werften das Schwergewicht der Gesamtwirtschaft Hamburgs. In ihnen wie auch in den übrigen größeren Betrieben liegt der entscheidende Einfluß auf die Belegschaften bei den Kommunisten. Dies geht z. B. charakteristisch aus der Entwicklung und den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen hervor, die Anfang Juli 1946 gemäß dem neuen Betriebsrätegesetz in dem jetzt bedeutendsten Schiffsbaubetriebe Hamburgs, der „Deutschen Werft“, stattfanden. Ein Jahr lang hatten Sozialdemokraten und Kommunisten dort einheitlich und mit guten Erfolgen für die Belegschaft und zum Vorteil des Neuaufbaues der Hamburger Wirtschaft zusammengearbeitet. Beide Parteien waren entschlossen, auch diese Betriebsrätewahlen im Zeichen der bisher fruchtbarsten Zusammenarbeit durchzuführen.* Sie stellten daher ein gemeinsames Ar-

beitsprogramm auf, das nach den „Richtlinien des FDGB“ alle wichtigen Punkte über die praktische Zusammenarbeit im Betrieb auch für die Zukunft enthält. In diesem Gewerkschaftsprogramm bekannten sich die Vertreter beider Arbeiterparteien zur Einsetzung ihrer ganzen Kraft für die Interessenvertretung der Gesamtbelegschaft, für die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, des Urlaubs usw.; sie sicherten sich auch ihre Mitwirkung auf Gang und Gestaltung der Produktion. Beide Seiten waren sich einig, der Belegschaft die Betriebsratskandidaten auf einer paritätisch zusammengestellten Liste zur Wahl vorzuschlagen. Plötzlich änderten die SPD-Vertreter ihre Haltung. Sie waren zur Ortsleitung der SPD in Hamburg gerufen worden und dort wurde ihnen aufgetragen, daß die Sozialdemokraten in der „Deutschen Werft“ von der gewerkschaftlichen Einheitsliste zurücktreten und eigene SPD-Kandidaten

auf stellen müßten, um eine „Kraftprobe“ zu machen. Alle Versuche, die SPD von der Schädlichkeit einer solchen Spaltungspolitik für die Gesamtarbeiterschaft zu überzeugen, zumal gerade in diesem Betriebe der kommunistische Einfluß stark überwiegt, scheiterten. So erschien neben der Gewerkschaftsliste, von der die sozialdemokratischen Kandidaten zurückgetreten waren und die nur noch die Namen von 11 kommunistischen und einem parteilosen Kollegen enthielt, eine zweite, die Belegschaft spaltende Liste mit 12 Sozialdemokraten. Das Resultat der bedauerlichen „Kraftprobe“ bestand darin, daß auf die Gewerkschaftsliste 1240 und auf die SPD-Liste 650 Stimmen entfielen.

Das wird auch bei den Arbeitern in den anderen Betrieben die Erkenntnis stärken, daß dieser Weg falsch ist. Überall wird die Losung Einfluß gewinnen, daß nur die gemeinsame Ar-